



An den Fraktionsvorsitzenden der
Fraktion der AfD

-im Haus-

Schwerin, 25.09.2026

Demokratie ist tatsächlich keine Einbahnstraße, Herr Schult!

Sehr geehrter Herr Schult,

Ihr Schreiben vom 23. September 2026 haben wir zur Kenntnis genommen.

Sie mahnen darin die Einhaltung parlamentarischer Gepflogenheiten an, fordern gegenseitige Achtung ein und stellen fest, Demokratie sei keine Einbahnstraße. Diesen Maßstäben stimmen wir seit jeher zu. Sie gelten allerdings für alle und damit auch für Sie und Ihre Fraktion.

Parlamentarische Gepflogenheiten bestehen nicht allein darin, aus einem Wahlergebnis Ansprüche auf Ämter und Redezeiten abzuleiten. Zu ihnen gehören zuallererst der Respekt vor dem politischen Gegenüber, die Achtung unserer Verfassungsordnung und ein Verhalten, das der Würde des Parlaments entspricht. Verfassungstreue ist ebenso wenig eine Frage politischer Sympathie wie parlamentarische Rechte.

Bevor Sie diese Maßstäbe gegenüber anderen Fraktionen anmahnen, wäre es daher angebracht, ihnen zunächst innerhalb Ihrer eigenen Fraktion Geltung zu verschaffen.

Sie sollten damit ganz persönlich beginnen. Nach der Landtagswahl haben Sie mit Blick auf unsere Fraktionen davon gesprochen, Ihre „Truppe“ werde „einmarschieren“ und wir „zittern“. Wer wenige Tage später gegenseitige Achtung und parlamentarische Gepflogenheiten einfordert, sollte erklären, wie beides zusammenpassen soll und sich für diese Wortwahl entschuldigen.

Darüber hinaus liegt es in Ihrer Verantwortung als Fraktionsvorsitzender, sich ganz eindeutig von extrem rechten Verbindungen und Äußerungen in den eigenen Reihen zu distanzieren. Nur wenige Beispiele: Nikolaus Kramer wurde – wie einige andere – vom Bundesamt für Verfassungsschutz dem Personennetzwerk des ehemaligen „Flügels“ als „Unterstützer“ zugerechnet und sonnte sich in Kontakten zur Identitären Bewegung. Tommy Thormann drohte

politischen Gegnern öffentlich mit Verbot, eingefrorenen Konten und morgendlichen Polizeieinsätzen. Im negativen Sinne unvergessen auch die Bildmontage ihres Abgeordneten Schmidt in der Manuela Schwesig mit einem großen Jagdmesser bedroht wurde. Hinzu kommen weitere Abgeordnete mit Bezügen zur früheren rechtsextremen Jungen Alternative, zum ehemaligen rechtsextremen „Flügel“, zur rechtsextremen Identitären Bewegung oder zu völkisch-nationalistischen Burschenschaften.

Für den Fall, dass Sie es mit Ihrem Appell an demokratische Gepflogenheiten ernst meinen sollten, erwarten wir, dass Sie sich mit diesem Zustand auseinandersetzen, sich distanzieren und daraus Konsequenzen ziehen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, sämtliche Personen, die rechtsextreme Positionen vertreten oder entsprechende Strukturen unterstützen, nicht durch Ihre Fraktion zu legitimieren, sondern zu sanktionieren und auszuschließen.

Sie schreiben, Demokratie sei keine Einbahnstraße. Das ist richtig. Aber man kann nicht auf der Hinfahrt von „einmarschierenden Truppen“ und zitternden politischen Gegnern sprechen, Rechtsextreme in den eigenen Reihen schalten und walten lassen und dann auf der Rückfahrt parlamentarischen Respekt einfordern.

Selbstverständlich werden die parlamentarischen Rechte jeder Fraktion gewahrt. Daraus entsteht jedoch weder ein Anspruch auf politische Zusammenarbeit noch ein Anspruch auf mehrheitliche Zustimmung anderer Abgeordneter bei demokratischen Wahlen. Auch parlamentarische Gepflogenheiten setzen das demokratische Mehrheitsprinzip nicht außer Kraft. Eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat sich bei dieser Landtagswahl nicht für die AfD entschieden.

Bis auf weiteres stehen Ihre Forderung nach gegenseitiger Achtung in einem offensichtlichen, unüberbrückbaren Widerspruch zum Auftreten und Personal Ihrer eigenen Fraktion und Partei. Sie haben es in der Hand, daran substantiell etwas zu ändern.

Für die Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen

Julian Barlen

Fraktion SPD

Hennis Herbst

Fraktion Die Linke

Claudia Müller

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen